

Deutschland 2030 – Ein Land, das seinen Bürgern dient

Deutschland steht 2026 an einem Wendepunkt: Wirtschaft, Gesellschaft und Staat sind unter Druck, viele Menschen fühlen sich alleingelassen, überhört und verunsichert.^[1] Dieses Manifest formuliert politische Forderungen und Maßstäbe, an denen sich Politik, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bis 2030 messen lassen müssen – ohne leere Versprechen, mit klaren Erwartungen.^{[2][3]}



Inhaltsverzeichnis

1. Gesundheit – Verlässliche Versorgung für alle.....	3
2. Bildung – Gerechtigkeit und Qualität von Anfang an (inklusive KMK-Reform)	4
<i>Rolle der KMK und Reformbedarf.....</i>	<i>4</i>
3. Wirtschaft – Entlasten, modernisieren, absichern	5
<i>Gefahren eines blinden US-Wirtschaftsmodells.....</i>	<i>6</i>
<i>Lernen von China – ohne das politische System zu übernehmen</i>	<i>6</i>
4. Gesellschaft, Recht und Migration – Freiheit mit klaren Grenzen	7
5. Kinder und Familien – Maßstab aller Politik	8
6. Staat, Verwaltung und Demokratie – Dienstleister der Bürger.....	9
7. Deutschland in Europa und der Welt – Verantwortung und Souveränität.....	10
8. Klare Erwartungen an alle – Ein neuer Gesellschaftsvertrag	11
9. Abschluss: Deutschland 2030 beginnt heute.....	11
Quellen.....	12



1. Gesundheit – Verlässliche Versorgung für alle

Ein funktionierendes Gesundheitssystem ist Grundvoraussetzung für Sicherheit im Alltag und Vertrauen in den Staat.

Dauerüberlastung von Personal, Bürokratie und ungleiche Versorgung zerstören dieses Vertrauen und gefährden die Versorgungssicherheit.

Gefordert wird bis 2030:

- flächendeckende, wohnortnahe medizinische Grundversorgung in Stadt und Land, inklusive Notfallversorgung und Apotheken
- verbindliche Personalstandards und bessere Vergütung in Pflege und Kliniken, damit der Beruf wieder attraktiv und menschenwürdig wird
- vollständige, sichere elektronische Patientenakte mit einheitlichen Standards, um Doppeluntersuchungen und Medienbrüche zu vermeiden
- konsequenter Bürokratieabbau in Praxen und Krankenhäusern durch digitalisierte, schlanke Prozesse
- Ausbau von Prävention: Gesundheitsbildung in Schulen, kommunale Programme gegen Volkskrankheiten und deutlich bessere psychische Versorgung besonders für Kinder und Jugendliche

Ein Gesundheitssystem, das diese Anforderungen nicht erfüllt, verfehlt seinen Kernauftrag – Menschen zu schützen statt sie zu überfordern.



2. Bildung – Gerechtigkeit und Qualität von Anfang an (inklusive KMK-Reform)

Bildung entscheidet, ob Deutschland in zehn oder zwanzig Jahren innovativ, demokratisch und sozial stabil bleibt.

Wer Zukunft gestalten will, beginnt bei den Kleinsten und versteht Bildung als lebenslangen Prozess.

Gefordert wird bis 2030:

- Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung mit ausreichend Fachkräften, guter Bezahlung und klaren pädagogischen Standards
- grundlegende bauliche Sanierung und digitale Erneuerung der Schulen, inklusive verlässlicher IT-Betreuung vor Ort
- deutliche Reduktion fachfremder Aufgaben für Lehrkräfte durch Verwaltungsassistenz und digitale Schulverwaltung
- gezielte Ausgleichsprogramme für benachteiligte Regionen und Schulen, um Bildungsungleichheit messbar zu verringern
- Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung durch Aufwertung der dualen Ausbildung, Stärkung der Meisterqualifikation und moderne Berufsorientierung
- rechtlich verankertes Recht auf Weiterbildung während des Erwerbslebens, mit öffentlichen und betrieblichen Förderinstrumenten

Rolle der KMK und Reformbedarf

Die Kultusministerkonferenz (KMK) soll bundesweite Vergleichbarkeit, Qualität und Mobilität im Bildungssystem sicherstellen, steht aber seit Jahren wegen Ineffizienz, Trägheit und Orientierung am „kleinsten gemeinsamen Nenner“ in der Kritik.^{[4][5][6][7]}

Viele Beschlüsse bleiben zahnlos, föderale Unterschiede überfordern Familien, Lehrkräfte und Hochschulen.

Deshalb wird gefordert:

- eine grundlegende Reform der KMK-Strukturen mit weniger Gremien, klaren Zuständigkeiten, verbindlichen Entscheidungen und strikter Ergebnisorientierung^{[6][8]}

- alternativ die Entwicklung einer neuen bundesweiten Koordinierungsform, etwa eines Bundesbildungsrats mit Ländern, Kommunen, Wissenschaft, Praxis und Eltern, der verbindliche Qualitätsstandards und gemeinsame Ziele festlegt^{[9][10]}
- stärkere Einbindung des Bundes bei Finanzierung und Qualitätssicherung, um bundesweit einheitliche Mindeststandards bei Ausstattung, Lehrkräftebildung und Abschlüssen zu garantieren („Deutschland-Abitur“)^[9]

Ein Bildungssystem, das an 16 eigenen Wegen festhält, aber keine verlässlichen gemeinsamen Standards liefert, braucht einen neuen Bildungsföderalismus.

3. Wirtschaft – Entlasten, modernisieren, absichern

Ohne wettbewerbsfähige Wirtschaft bleiben soziale und gesellschaftliche Ziele leere Hüllen.

Entscheidend sind Rahmenbedingungen, die echte Investitionen, Innovation und produktive Arbeit ermöglichen – nicht Symbolpolitik.

Gefordert wird bis 2030:

- systematischer Abbau überflüssiger Bürokratie nach klar messbaren Zielen, insbesondere für Mittelstand, Handwerk und Start-ups^[11]
- drastische Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Infrastruktur, Wohnungsbau und Energieprojekten
- gezielte Förderung von Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, erneuerbare Energien, Speichertechnologien, Biotechnologie und Kreislaufwirtschaft^{[12][13]}
- sichere und bezahlbare Energieversorgung als Standortfaktor durch diversifizierte, klimafreundliche und planbare Energiepolitik
- Stärkung von Tarifbindung und fairer Entlohnung, um Arbeit wieder planbares, respektiertes Leben zu ermöglichen
- umfassende Fachkräftestrategie: Qualifizierung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aktive Anwerbung qualifizierter Zuwanderung nach klaren Kriterien

Gefahren eines blinden US-Wirtschaftsmodells

Das stark finanzmarktgetriebene US-Modell mit hoher Ungleichheit, schwächerem Sozialschutz und riskanter Schulden- und Geldpolitik zeigt Risiken, die Deutschland nicht kopieren darf.^{[14][15][16][17]}

Wachsende Einkommens- und Vermögensunterschiede tragen in den USA nachweislich zur politischen und gesellschaftlichen Polarisierung bei.^{[15][18][19]}

Ein deutsches Modell, das sich zu stark an kurzfristigen Börsenlogiken und spekulativen Finanzinnovationen orientiert, würde soziale Stabilität, Realwirtschaft und industrielle Basis gefährden.^[16]

Gefordert sind daher stabile Finanzaufsicht, klare Trennung zwischen produktiven Investitionen und spekulativen Exzessen und ein starker industrieller Kern.

Lernen von China – ohne das politische System zu übernehmen

China verfolgt mit „Made in China 2025“ und ähnlichen Programmen eine langfristige Industriepolitik, die gezielt Schlüsselindustrien wie Robotik, Elektromobilität, Biomedizin und intelligente Fertigung aufbaut.^{[12][13][20][21][22]}

Dazu gehören klare technologische Prioritäten, massive Investitionen in Forschung, Infrastruktur und Wertschöpfungsketten sowie Programme zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten.^{[13][22][12]}

Deutschland kann daraus lernen, ohne autoritäre Politik zu übernehmen:

- strategische Industriepolitik mit klar definierten Schlüsselbranchen und messbaren Zielen
- koordinierte F&E-Förderung, z. B. gemeinsame Zentren von Universitäten und Unternehmen
- gezielte Stärkung heimischer Technologien und Lieferketten in sicherheitsrelevanten Bereichen (Energie, Halbleiter, Medizintechnik, digitale Infrastruktur)

Ziel ist ein demokratisches, europäisches Modell: soziale Marktwirtschaft plus strategische Industriepolitik – weder Kopie eines riskanten US-Finanzkapitalismus noch eines autoritären Staatskapitalismus.



4. Gesellschaft, Recht und Migration – Freiheit mit klaren Grenzen

Eine freie Gesellschaft braucht Schutzräume, verlässliche Regeln und eine klare Haltung gegenüber Gewalt und Extremismus.

Wer in Deutschland lebt – mit oder ohne deutschen Pass – bewegt sich im Rahmen der Verfassung und des Rechtsstaats, nicht in einem beliebigen Normensystem.

Gefordert wird bis 2030:

- konsequente Verfolgung von Gewalt-, Hass- und Extremismusedelikten, unabhängig von Herkunft, Religion oder politischer Richtung
- personell und technisch besser ausgestattete Sicherheitsbehörden und Justiz, um Straftaten schnell zu verfolgen und Urteile umzusetzen
- Null Toleranz gegenüber antisemitischem, rassistischem, queerfeindlichem, frauenfeindlichem und demokratiefeindlichem Handeln

Für Migration und Flucht gelten klare Anforderungen:

- Zuwanderung nach transparenten, nachvollziehbaren Regeln, mit klarer Trennung zwischen Asylverfahren und gesteuerter Arbeitsmigration^{[23][24]}
- beschleunigte, faire Asylverfahren mit rechtsstaatlichen Standards
- konsequente Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht, nach Verbüßung eventueller Haftstrafen und unter Beachtung der Menschenrechte^{[25][26][27][23]}

Klarstellung zu straffälligen Flüchtlingen und Ausländern

Gefordert wird, dass Flüchtlinge und Ausländer, die sich wiederholt oder schwerwiegend nicht an Recht und Gesetz halten, nach rechtsstaatlich einwandfreiem Verfahren ihr Aufenthaltsrecht verlieren und abgeschoben werden – unabhängig von Herkunftsland, Religion oder kulturellem Hintergrund.^{[28][29][23][25]}

Dazu zählen insbesondere Gewaltdelikte, extremistische Betätigung, schwere Eigentums- und Sexualdelikte sowie wiederholte vorsätzliche Straftaten, die eine bewusste Ablehnung grundlegender Regeln erkennen lassen.^{[29][23][28]}

Es geht nicht um Generalverdacht, sondern um einen klaren Rahmen: Schutz für Schutzsuchende, Konsequenzen für diejenigen, die die Spielregeln des Rechtsstaats bewusst missachten.

5. Kinder und Familien – Maßstab aller Politik

Kinder sind der empfindlichste Indikator für den Zustand eines Landes.

Ein Deutschland, in dem Kinderarmut, Bildungsnot und psychische Belastung Normalität sind, verfehlt seinen Auftrag.

Gefordert wird bis 2030:

- wirksame, unbürokratische Kindergrundsicherung, die Kinderarmut messbar reduziert statt Verwaltung aufzublähen^[30]
- Ausbau von Kitas und Ganztagschulen zu echten Bildungs- und Schutzorten mit klaren Qualitätsstandards und guter Personalausstattung
- deutlich vereinfachter Zugang zu Kinder- und Jugendpsychotherapie, Familienberatungen und Schutzräumen bei Gewalt oder Missbrauch
- rechtlicher Rahmen für flexible Arbeitszeitmodelle, der Eltern echte Wahlfreiheit zwischen Erwerbsarbeit und Familienzeit ermöglicht

Politik, die Kinder nur rhetorisch in den Mittelpunkt stellt, ist nicht akzeptabel – Kinderinteressen sind zur Leitplanke aller wichtigen Entscheidungen zu machen.



6. Staat, Verwaltung und Demokratie – Dienstleister der Bürger

Ein Staat, der sich in Komplexität verliert, verliert das Vertrauen seiner Bürger.

Demokratie lebt davon, dass Entscheidungen nachvollziehbar sind und der Alltag mit Behörden nicht zum Hürdenlauf wird.

Gefordert wird bis 2030:

- vollständige digitale Abwicklung zentraler Verwaltungsleistungen mit klaren Fristen und durchsetzbaren Service-Standards
- Reduktion von Doppelstrukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, mit klar zugewiesenen Verantwortlichkeiten
- umfassende Transparenz von Gesetzgebungsverfahren und Lobbyeinflüssen, damit Entscheidungswege öffentlich kontrollierbar werden^[31]
- verbindliche Stärkung politischer Bildung in Schulen und Erwachsenenbildung, um demokratische Kompetenz zu sichern^[32]
- Ausbau von Beteiligungsformaten wie Bürgerräten, Bürgerhaushalten und kommunalen Beteiligungsinstrumenten mit spürbarem Einfluss auf Entscheidungen

Der Staat hat die Rolle eines Dienstleisters und Rahmensetzers – kein unberührbarer Apparat.



7. Deutschland in Europa und der Welt – Verantwortung und Souveränität

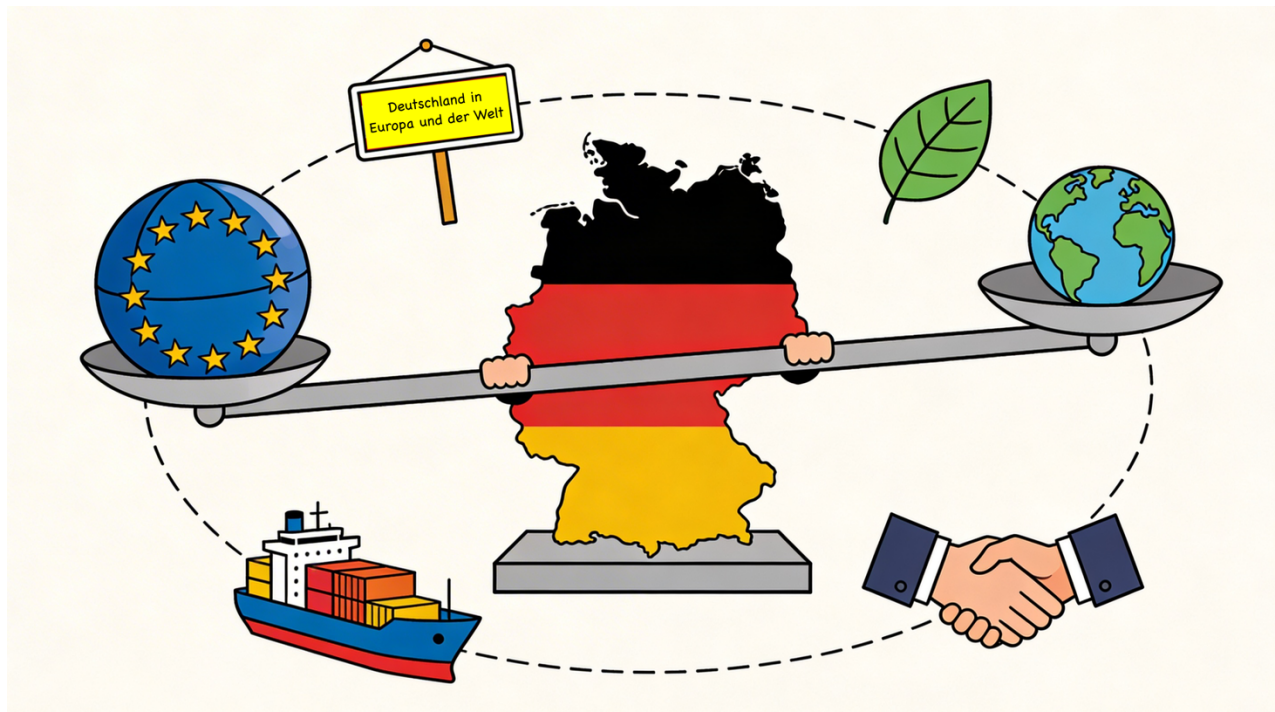
Deutschlands Handlungsfähigkeit hängt eng mit der europäischen und internationalen Ordnung zusammen.

Isolation löst keine Probleme; entscheidend ist, wie Interessen verantwortungsvoll eingebracht und geschützt werden.

Gefordert wird bis 2030:

- klare Verankerung Deutschlands in einer demokratischen, handlungsfähigen EU, die Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und gemeinsame Außengrenzen schützt^{[23][33]}
- verlässliche Finanzierung von Verteidigung und Sicherheit, um Bündnisverpflichtungen einzuhalten und die eigene Bevölkerung zu schützen
- aktive Rolle in Klimaschutz, globaler Gesundheit und fairen Wirtschaftsbeziehungen, um Krisenursachen zu begrenzen
- Migrations- und Handelspolitik, die nicht in einseitige Abhängigkeiten führt, sondern partnerschaftliche, langfristig stabile Beziehungen aufbaut^{[24][23]}

Souveränität bedeutet, im Verbund mit Partnern eigene Interessen klar zu definieren und durchzusetzen – nicht Abschottung, sondern gestaltende Verantwortung.



8. Klare Erwartungen an alle – Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Damit dieses Bild von Deutschland 2030 Realität werden kann, braucht es klare Erwartungen an alle, die hier leben:

Gefordert wird:

- von der Politik: Ehrlichkeit über Grenzen und Prioritäten, Verzicht auf Symbolpolitik, Orientierung an messbaren Zielen und Ergebnissen
- von der Verwaltung: Dienstleistungsorientierung, Transparenz, Effizienz und Respekt gegenüber Bürgerinnen und Bürgern
- von Unternehmen: faire Löhne, Investitionen in Ausbildung und Weiterbildung, Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung
- von Bürgerinnen und Bürgern: Achtung von Recht und Gesetz, Respekt gegenüber Andersdenkenden, Bereitschaft zur demokratischen Teilhabe
- von Zugewanderten: Anerkennung des Grundgesetzes, der Menschenwürde und Gleichberechtigung, aktive Teilnahme an Sprache, Arbeit und Gesellschaft, klare Absage an Gewalt und Extremismus^[24]

Deutschland 2030 ist kein Versprechen, sondern ein Maßstab: Wer dieses Land gestalten will – als Bürger, Unternehmen oder politischer Akteur –, muss sich an diesen Anforderungen messen lassen.

9. Abschluss: Deutschland 2030 beginnt heute

Deutschland hat alles, was es braucht: eine starke Wirtschaft, kluge Köpfe, eine lebendige Zivilgesellschaft und eine demokratische Verfassung, die Freiheit und Menschenwürde schützt.^{[1][3]}

Was fehlt, sind klare Prioritäten, mutige Entscheidungen und die Bereitschaft, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Dieses Manifest ist eine Einladung und eine Zumutung zugleich: an Politik, konsequent zu handeln; an Institutionen, sich zu reformieren; und an jede Bürgerin und jeden Bürger, Verantwortung zu übernehmen. Deutschland 2030 – ein Land, das seinen Bürgern dient – entsteht nicht durch Worte, sondern durch Entscheidungen, die heute getroffen werden.

Quellen

1. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-geschichte-der-manifeste-im-aufstand-gegen-das-gewohnte-100.html>
2. <https://de.wikipedia.org/wiki/Parteiprogramm>
3. <https://de.wikipedia.org/wiki/Grundsatzprogramm>
4. <https://www.dbb.de/artikel/kultusministerkonferenz-kmk-kritik-an-beschluessen.html>
5. <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/schule-verbaende-kritisieren-laendervereinbarung-der-kmk-zu-mehr-vergleichbarkeit-a-c58bdebd-b016-4bec-8c57-cf3eba23b647>
6. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article248865420/Ineffizient-strategielos-dysfunktional-Die-Kultusministerkonferenz-muss-sich-abschaffen.html>
7. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kultusministerkonferenz>
8. <https://table.media/bildung/professional-briefing/kmk-reform-verschlankt-strukturen-schulbau-koennte-teurer-werden-steffen-mau-zu-rechtsextremismus-an-schulen>
9. <https://www.fdp.de/forderung/bundesweite-qualitaetsstandards-der-bildung-ab-der-kita-bis-zum-schulabschluss>
10. <https://www.fdp.de/forderung/kultusministerkonferenz-durch-expertenrat-ersetzen>
11. <https://www.bvmw.de/de/recht/politische-forderungen>
12. <https://www.s-ge.com/de/article/expertise/2022-e-china-c5-industrial-policy>
13. https://de.wikipedia.org/wiki/Made_in_China_2025
14. <https://www.econ.uni-bonn.de/de/nachrichten/usa-gewinne-expansiver-geldpolitik-ungleich-verteilt>
15. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/6/beitrag/hohe-und-weiter-steigende-ungleichheit-in-den-usa-politisch-nicht-gewollt-und-doch-geduldet.html>
16. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/254789/1/2008A71.pdf>
17. <https://www.boell.de/de/2020/04/21/die-soziale-dimension-der-corona-krise-den-usa>
18. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/3/beitrag/die-entwicklung-sozialer-ungleichheit-und-ihre-politischen-implikationen-in-den-usa.html>
19. <https://www.uni-mannheim.de/newsroom/presse/pressemitteilungen/2024/dezember/finanzielle-ungleichheit-in-den-usa/>
20. <https://www.china-schul-akademie.de/m-wirtschaft-m4-2-wi/>
21. <https://www.ifo.de/publikationen/2018/aufsatz-zeitschrift/made-china-2025-technologietransfer-und-investitionen>
22. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2018-14-kunze-windels-et-al-china-2018-07-26.pdf>
23. <https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2025-wahlprogramme-migration-100.html>
24. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/deutschland/255670/wie-stehen-die-deutschen-parteien-zu-den-themen-migration-integration-flucht-und-asyl/>
25. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/abschiebeflug-afghanistan-asylpolitik-102.html>
26. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-08/scholz-laender-abschiebungen-afghanistan-syrien>
27. <https://www.deutschlandfunk.de/afghanistan-abschiebung-fluechtlinge-straftaeter-100.html>
28. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-fordert-zwingende-abschiebungen-von-asylbewerbern-nach-zwei-straftaten-a-5d13c56e-a336-44a0-a21e-7a6a558d6a1f>
29. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-12/migration-abschiebung-straftat-cdu>
30. <https://www.dgkj.de/unsere-arbeit/politik/politische-forderungen-fuer-die-21-legislaturperiode>
31. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/desinformation/massnahmen-der-bundesregierung.html>
32. <https://www.hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/m/manifest.html>
33. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-cdu>

Deutschland 2030 – Ein Land, das seinen Bürgern dient.